PRÄAMBEL

In Xhain wohnen viele Menschen zusammen und gestalten gemeinsam den Bezirk. Wir wollen, dass jede*r Einzelne sich so gut wie möglich einbringen kann. Dazu gehört, dass allen Menschen die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Daher setzen wir uns für die freie Zugänglichkeit von Verwaltungsdaten ein. Außerdem sollen alle Ausschüsse öffentlich sein und die Sitzungen der BVV im Internet live übertragen werden. Interessenkonflikte von Verordneten sollen in einem Lobbyregister einsehbar sein.

Die Teilhabe gilt für alle. Wir sind dafür, allen Menschen im Bezirk unabhängig von Alter oder Staatsangehörigkeit maximale Mitspracherechte bei der Gestaltung des Bezirks einzuräumen. Auch den Menschen, die aufgrund der Krise im Nahen Osten und anderen Weltgegenden ganz neu im Bezirk eingetroffen sind, möchten wir Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören eine menschenwürdige Unterbringung, das Recht auf Freizügigkeit und Arbeit, Sprachkurse und eine gesellschaftliche Vertretung. Dabei stehen uns derzeit noch einige Bundesgesetze im Weg, die die Teilhabe, z. B. im Wahlrecht, unnötig beschränken. Hier gibt es für uns nur eine Richtung: die der Demokratisierung.

Teilhabe wird aber derzeit nicht nur durch Bundesgesetze beschränkt. Wer sich keinen Internetanschluss leisten kann, kommt u. U. nicht an die notwendigen Informationen und kann sich nicht vernetzen. Daher fördern wir Freifunk. Mit Freifunk schalten Menschen ihre Internetanschlüsse zusammen und stellen sie anderen Menschen zur Verfügung. Zudem ist Freifunk dezentral aufgebaut und erschwert die staatliche Kontrolle von Kommunikation. Denn wer sich überwacht fühlt, kommuniziert nicht frei. Daher setzen wir uns auch gegen die Funkzellenabfragen, gegen massenhafte Videoüberwachung und gegen geheime Gefahrengebiete im Land ein.

Teilhabe wird auch beschränkt durch mangelnde Mobilität. Wer sich kein BVG-Ticket leisten kann, um zur Ausschusssitzung zu fahren, kann seine Rechte dort nicht vertreten. Daher treten wir für umlagefinanzierten, fahrscheinlosen, öffentlichen Nahverkehr ein. Ein Nebeneffekt wäre die Abschaffung von BVG-Kontrollen und mehr Platz in den Berliner Justizvollzugsanstalten. Dort sitzen derzeit viele arme Leute, die sich die in der Stadt notwendige Mobilität schlicht nicht leisten konnten. Das öffentliche Straßenland soll ebenfalls allen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für gleichberechtigte Nutzung des Verkehrsraumes durch alle Fortbewegungsmittel (zu Fuß, Fahrrad, Auto, Bus, Bahnen) ein. Dabei ist der gegenseitige Respekt die oberste Prämisse. In diesem Kontext wollen wir das Konzept Shared Space noch stärker erproben. Auch öffentliche Grünflächen und Wasserflächen sollen allen Menschen zugänglich sein. Wir wenden uns gegen die Privatisierung des Spreeufers und das Zubauen von Brachflächen.

Durch die Digitalisierung hat sich die Arbeitswelt verändert. Viele manuelle Tätigkeiten werden heute von Maschinen erledigt. Dies gibt Menschen mehr Zeit, sich um andere Dinge zu kümmern. Wir begrüßen diese Automatisierung, stellen aber fest, dass die so gewonnene Zeit nur wenigen Menschen zugute kommt. Viele Menschen müssen weiter in prekären Verhältnissen arbeiten und finden keine Arbeit, da Maschinen ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert haben. Daher setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung der Automatisierungsdividende unter allen Menschen ein. Dies heißt für uns: Bedingungsloses Grundeinkommen.

Auch im täglichen Arbeitsleben gilt für uns das Gebot der Teilhabe. Wir setzen uns für die Weiterverwendung und gemeinsame Entwicklung von Computercode ein (Open Source). Auch Büroräume und Infrastruktur können gemeinsam genutzt werden in sogenannten Coworking Spaces. Menschen sind soziale Wesen und helfen einander, wenn man ihnen die Möglichkeit dazu gibt. Dies gilt auch im kulturellen Bereich. Die menschliche Kreativität findet sich nicht nur in den klassischen Gebäuden der Privilegierten wie Opernhäusern, sondern auch im viel kleineren Raum, z. B. Jam Sessions oder Street Art. Wir setzen uns für den Erhalt von nicht-kommerziellen Freiflächen für Subkultur ein.

Auch Spiritualität gehört zur menschlichen Kultur und zur menschlichen Entfaltung. Dabei gilt für uns aber, dass der Staat sich in diesem Bereich weltanschaulich neutral verhält. Das heißt: keine positive Diskriminierung von Religionsgemeinschaften durch staatliche Unterstützung; keine negative Diskriminierung von Religiösen im Arbeitsmarkt und anderswo.

In allen menschlichen Kulturen gibt es Formen der Berauschung. Einige davon sind gesellschaftlich anerkannt (Alkohol), andere nicht (Cannabis). Wir setzen uns für eine Dekriminalisierung aller Drogen bei gleichzeitiger Aufklärung ein. Abhängigkeit und Sucht gilt es zu vermeiden. Sucht ist eine Krankheit und kein Verbrechen. Die Repression von Konsument*innen bindet unnötig Polizeikräfte, die wesentlich sinnvoller in anderen Bereichen eingesetzt werden könnten. In der Polizeiarbeit wurde lange versucht, menschliche Arbeit durch Technik zu ersetzen (Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Funkzellenabfrage). Diese Technik kann in der Tat viel mehr Daten erheben als Menschen, überwacht dabei aber vor allem anlasslos, verdachtsunabhängig und weitgehend ziellos. Wir sind für eine Umkehr dieses Trends und fordern eine Abkehr von der Sicherheitsesoterik und eine Rückbesinnung auf Ermittlung durch Menschen in der Kriminalitätsbekämpfung. Wer sich überwacht fühlt, äußert sich nicht frei.

Die freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit unterstützen wir konsequent auch in der Geschlechterpolitik. Menschen soll kein Geschlecht aufgezwungen werden, das sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee: Menschen, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung füreinander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle. Verantwortung füreinander zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns ein für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, der zu Verdrängung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenbergareal, Dragonerareal, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch des derzeitigen grünen Betonmischers Hans Panhoff ein.

STADTENTWICKLUNG

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Planungsausschuss von einem Abnickgremium zu einem politischen Gremium gemacht. Zentral sind für uns die Punkte Erhalt von Freiflächen, qualifizierte und nachhaltige Planung sowie echte Bürgerbeteiligung. In all diesen Punkten sind wir regelmäßig mit dem grünen Baustadtrat Hans Panhoff aneinandergeraten, der dort andere Vorstellungen hat. In den Debatten um große Neubauplanungen waren meist wir die treibende Kraft, um höhere Qualitäten und Sozial- sowie Umweltstandards zu erreichen. Insgesamt haben wir 72 Anträge und Anfragen im Bereich Stadtentwicklung gestellt. Wir waren das Korrektiv, das die allzu weiche Haltung des Bezirksamtes gegenüber den an Profitmaximierung ausgerichteten Bauwünschen der Investoren thematisiert hat. Durch unsere Kritik kam ein öffentlicher Diskussionsprozess häufig überhaupt erst zustande. Vielfach wurden von uns Alternativmöglichkeiten aufgezeigt, die einen nach unserem Verständnis qualitativ besseren Städtebau entsprechen.

In unseren Auseinandersetzungen im Stadtplanungsausschuss ging es regelmäßig um zu hohe Baudichten und die Haltung der grünen Stadträte dazu. Stadtrat Hans Panhoff hat die Baunutzungsverordnung und die Grünflächenversorgungsrichtlinien – eigentlich die scharfen Waffen der Kommunen gegen die Allmacht der Grundstückseigentümer*innen – als überholt und unzeitgemäß dargestellt. Hohe Baudichten entsprechen seiner Überzeugung. Deshalb ist der vorauseilende Gehorsam für ihn Programm – die Investor*innen reiben sich ungläubig die Augen über so viel Entgegenkommen des »grünen« Bezirks und den mangelnden Gestaltungswillen. In einem der am höchsten verdichteten Stadträume Berlins sollten aber andere Maßstäbe gelten. Hier steht eigentlich eine maßvolle Nachverdichtung mit dem Augenmerk auf die Versorgung mit sozialer Infrastruktur auf dem Programm und nicht kopflosser Bauwahn. Aktuell steht z. B. der Bezirksstadt Friedrichshain-Ost bezüglich der Versorgung mit Grundschul-/Kita-/Grünflächen vor dem Kollaps, weil es eine jahrelang vom grünen Bezirksamt völlig unregulierte Bautätigkeit nach § 34 BauGB gab. Nun wäre zwar Geld für soziale Infrastruktur vorhanden, es fehlen aber die Grundstücke.

Mit Tricks, Informationsverschleppung und Überrumpelung wurden Prozesse entweder verschleppt oder eilig an den Gremien vorbei durchgewunken. Wir haben alles erlebt. Das Baurecht wurde stets zu Ungunsten der öffentlichen Interessen ausgelegt. Beim Freudenberg-Areal hat es sogar eine Verbandsklage gegen das Bauprojekt gegeben, die vom Bezirk heftig attackiert wurde. Nun drehen sich dort die Baukräne und das letzte große Grundstück in Friedrichshain-Ost ist dem Luxuswohnungsbau zum Opfer gefallen. Der Bezirk rühmt sich mit einer politisch aktiven Bevölkerung, die ständig Unterschriften für Bürgerbegehren und Anwohneranträge sammelt. Dies hat aber in erster Linie mit den ständigen Planungsversagen des grünen Bezirksamtes zu tun. Unseres Wissens wird in keinem anderen Bezirk so willkürlich großzügig zu Gunsten privater Investor*innen entschieden, auf Bauleitplanung verzichtet und die Bürgerbeteiligung so lapidar abgefrühstückt. Dagegen haben wir uns zur Wehr gesetzt. Unsere zahlreichen Anträge haben wir meist im Schubfach gelassen mit den örtlichen Bürgerinitiativen in den Bauausschuss und die BVV eingebracht.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, aber häufig fanden sich unsere Inhalte abgeschwächt in Folgeanträgen wieder. Insbesondere die Fraktion der Grünen wird im Wahlkampf mit Initiativen in der Stadtplanung für sich werben, die sie von uns durch Ersetzungsanträge übernommen haben.

Wie auch immer, wir verzeichnen nach unserem jahrelangen Wirken einen Bewusstseinswandel hin zu einem kritischeren Umgang mit Baudichten, Mieten und Fragen der sozialen Infrastruktur. Der Planungsausschuss ist durch unsere Anträge, die einen weitgehenden Gestaltungsanspruch hatten, zunehmend zu einem Gremium echter Auseinandersetzung mit Stadtentwicklung geworden. Wir brauchen einen Baustadtrat mit weniger zusätzlichen Aufgaben und mehr Qualifikation und Motivation, die Entscheidungen des Stadtplanungsamtes entsprechend dem Wählerauftrag zu steuern. Die »beleidigte Leberwurst« haben wir uns schon viel zu lange geben müssen. Der Bezirk hat über seine Planungshoheit einen hohen Gestaltungsspielraum im Bereich der Stadtentwicklung, auch wenn dies vom Stadtrat gerne bestritten wurde. Diesen Spielraum zu nutzen und auszubauen, wird weiterhin unsere intensive Bestrebung sein.

HANDLUNGSFELDER

- Beim **Freudenberg-Areal** haben wir die berechtigten Sorgen der örtlichen Bürgerinitiative mit 15 Anträgen und Anfragen unterstützt. Denn die zu hohe Anzahl der Wohnungen verschärft die ohnehin schwierige Grundschul- und Kitasituation im Kiez sowie den Freiflächenmangel im dichtest besiedelten Bezirkstteil Berlins. Der Investor freute sich, als der Bezirk seine Bauanfrage nicht zurückstellte sondern brav bearbeitete. Damit gab der Bezirk bewusst sein Bebauungsplanverfahren auf, mit dem er die Baudichte auf ein vernünftiges Maß hätte reduzieren und sozialen Wohnungsbau erreichen können. Der Senat genehmigte, nun trägt der Landeshaushalt den Sozialanteil.
- Für das **RAW-Gelände** werden wir uns für eine Entwicklung ohne Abriss einsetzen, für eine Grünfläche und den Erhalt der soziokulturellen Nutzung. Und für eine echte Beteiligung der Anwohner*innen! Stadtrat Panhoff hat sich bereits fahrlässig für eine große Baumasse mit bis zu neun Geschossen ausgesprochen und damit die Diskussion und Beschlusslage der BVV unterlaufen.
- Für die **Revaler Spitze** haben wir uns für den üppigen Baumbestand, die Fortführung der ursprünglich geplanten Grünflächenfestsetzung und den Erhalt der Clubkultur eingesetzt. Nicht einmal die eigene Bauleitplanung, wenigstens Öffentlichkeit in den Baufeldern und eine große Kita vorzusehen, wurde vom grünen Bezirksamt weiterverfolgt und stattdessen hochpreisiger Wohnungsbau nach § 34 BauGB ohne Bürgerbeteiligung genehmigt. Damit wurden sogar einige BVV-Beschlüsse ignoriert.
- Im Falle des ehemaligen **YAAM-Geländes** haben wir uns für eine behutsame Entwicklung eingesetzt, die den Willen des Bürgerentscheides »Spreeufer für alle« beachtet. Dafür hätte es einen Investor gegeben, der trotz bestehenden Baurechts weniger Baumasse und mehr Freiflächen realisiert hätte. Leider hat das grün geführte Bauramt diesen Investor auflaufen lassen und stattdessen eine Maximalbebauung mit 12 Geschossen direkt am Wasser befördert. Dabei wurde die wesentliche Bauvoranfrage der BVV vorenthalten und die BVV dabei in ihren politischen Eingriffsmöglichkeiten beschnitten. Eine von Stadtrat Panhoff positiv beschiedene Bauvoranfrage hat das Bauprojekt besiegelt. Diese Hinterzimmerpolitik des Baustadtrats der Grünen wurde von allen Parteien der BVV, von CDU bis Linke einhellig kritisiert und in der BVV offiziell auf unseren Antrag hin missbilligt.
- Zwischen **Ostbahnhof** und **Volkspark Friedrichshain** möchte die WBM mit Unterstützung des Bezirksamtes erst 38, jetzt 20 Punkthochhäuser errichten. Wir haben über ein Jahr lang Bauleitplanung und Bürgerbeteiligung eingefordert, ohne dass dies das Bezirksamt interessiert hätte. Nach erheblichem Protest der Anwohner hat sich das Bezirksamt schlussendlich doch zu einem Bebauungsplanverfahren bereiterklärt. Da aber in der Zwischenzeit Bauvoranfragen positiv beschieden wurden, ist die Chance zur Einflussnahme der BVV unnötigerweise gesunken.
- In der **Rigaer Straße** entstehen immer neue Luxuspaläste, die viel zu den sozialen Unruhen in der Anwohnerschaft beitragen. Das grüne Bezirksamt unternahm nichts, um die Profitgier der Investoren zu zügeln, sondern hat sich mit minimalen Zugeständnissen zufrieden gegeben. Die Überzeugung von Stadtrat Panhoff und dem Stadtplanungsamt, dass diese brutale Form der Nachverdichtung richtig sei, hat in der Rigaer Straße besonders heftige Konsequenzen.
- Mit unserer Unterstützung konnten die **Prinzessinnengärten** als innerstädtisches Urban-Gardening-Projekt gesichert werden; die landeseigene Liegenschaftsgesellschaft wollte die Gärten zugunsten einer Gewerbebebauung kündigen.
- Am **Fraenkelufer** sollte gegen den erklärten Bürgerwillen eine Zerstörung des Großgrüns und eine sterile und durchgeplante Anlage der Freiflächen durchgesetzt werden. Durch ein grünes Bezirksamt!
- Auch an der **Gerhart-Hauptmann-Schule** setzen die Grünen auf maximale Baumasse und maximale Fällung von Bäumen. Wir unterstützen das Flüchtlingszentrum, wollen aber die Bäume erhalten und bessere Lebensbedingungen. Die dort entstehende Enge soll vermieden werden. Wir setzten uns für ein städtebauliches Verfahren ein, das zu einem guten Ergebnis mit vernünftigen Wohn- und Lebensbedingungen führen soll - vergebens. Die dortige Grünvernichtung als Resultat grüner Bezirkspolitik reiht sich ein in die Vernichtung großer Baumbestände in der **Revaler Straße, Corinthstraße** und **Boxhagener Straße.**
- Für den Komplex **Pufendorfstr./Friesenstr./Landsberger Allee** unterstützen wir die lokale Bürgerinitiative und fordern eine dem Straßenverlauf entsprechend abgestufte Bebauung statt einer Wand. Das grüne Bezirksamt hat dies ignoriert, nun entsteht ein fast zehn Meter hoher Sockel, auf der die exklusive Wohnbebauung »thront«.
- Auch bei der Frage der geplanten Verlegung der Tram 21 von der **Boxhagener Straße** in die **Sonntagsstraße** unterstützen wir die Alternativvorschläge der örtlichen Bürgerinitiative. In den Zwischentönen wurde deutlich, dass die Tramverlegung eigentlich Platz für den zusätzlichen A100-Autoverkehr in der Boxhagener Straße machen soll. Das lehnen wir ab – die Tram mit eigener Trasse wäre ein guter Bremsklotz gegen den automobilen Verkehrsinfarkt im Kiez. In der Sonntagsstraße und auf dem Ostkreuz-Vorplatz werden die Tram und der Bus alle nerven, es ist dort zu wenig Platz und zu viel Fuß- und Radverkehr. Leider konnten wir uns auch mit dieser Ansicht nicht durchsetzen.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode ordentlich Stunk gemacht. Dass die Grünen solche Betonmischer sind, hätten wir uns vorher nicht träumen lassen. Es ist für den Bezirk wichtig, dass im Planungsausschuss auch in der nächsten Legislaturperiode ordentlich Kontra gegeben wird, sonst werden die Bauwut und die Verdrängung nicht aufzuhalten sein.

Bausenator Geisel (SPD) sagt »Wir müssen endlich bauen, bauen, bauen!« Der grüne Unterschied? Bauen, bauen, bauen, aber nicht so viele Tiefgaragenplätze und mehr Grünflächen.

Die Piraten Xhain stehen für den Erhalt von Freiflächen, wenn schon Bebauung, dann mit Augenmaß, und ein Ende der »Roter-Teppich-Politik« des Baustadtrats für Investor*innen jedweder Couleur.

Ohne sachkundige Opposition in der BVV droht im Bezirk eine ganz große Baukoalition aus Grünen, SPD und CDU.

WOHNEN UND MIETEN

Wir wollen, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften den neuen sozialen Wohnungsbau in Berlin betreiben. Fördermittel verbleiben so im Landesbesitz. Dabei werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich die Projekte besser in die Kieze einfügen und der Anteil preisgünstiger Wohnungen steigt. Eine Privatisierung öffentlicher Flächen für den Wohnungsbau lehnen wir ab. Grundstücksvergaben in Erbpacht an Wohnungsbaugenossenschaften soll nur dann erfolgen, wenn diese Bauprojekte so langfristig kalkulieren, dass sie Wohnungen dauerhaft mit ähnlichen Mieten ähnlich den Vorhaben der Wohnungsbaugesellschaften schaffen können. Bei der Entwicklung von Privatgrundstücken zum Wohnungsbau werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bezirk wesentlich stärker als bisher von seiner Planungshoheit Gebrauch macht und häufiger Bebauungsplanverfahren einleitet. Bisher hat Stadtrat Hans Panhoff Planungserfordernisse meist völlig unmotiviert als unbegründet dargestellt und stets die für den Bezirk ungünstigste Beurteilung angenommen. Damit wurden viele Chancen für den Bezirk vertan. Denn nur wenn es eine Bauleitplanung gibt, kann auch die »kooperative Baulandentwicklung« des Landes greifen und ein Anteil sozialen Wohnungsbaus in privaten Projekten entstehen.

Wir wollen, dass der Bezirk eine Kampagne startet, die Hausbesitzer*innen dazu animiert, bei einem bezirklichen Programm der freiwilligen Wohnungskontingente »WBS-Wohnungen im Kiez« mitzumachen. Dabei können diese ein Label »Fair im Kiez« erwerben, wenn sie eine oder mehrere Wohnungen in einem Haus preisreduziert als Wohnung in das Vergabesystem des Wohnungsberechtigungsscheins abtreten. Dafür kann eine bevorzugte Behandlung auf Verwaltungsebene in Aussicht gestellt werden.

Wir unterstützen die bezirklichen Initiativen zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes im Falle einer Umwandlung von Miet- in Eigentumsmodelle.

Wir wollen, dass der Bezirk in seinen Medien über das Gesetz zur Mietpreisbremse informiert. Mieter*innen sollen bei Widerstand gegen überhöhte Mieten unterstützt werden. Es soll eine Präsenz der Gesetzgebung aufrecht erhalten werden, die Vermieter*innen das Ignorieren des Gesetzes erschwert. Gleichzeitig soll sich der Bezirk dafür einsetzen, dass die Mietpreisbremse aus dem Zivilrecht in das Wirtschaftsstrafrecht überführt wird. Damit wird eine Verfolgung als Ordnungswidrigkeit »von Amts wegen« möglich. Bezirkliche Stellen sollen wieder Anzeigen wegen Mietpreisüberhöhung nach § 5 Wirtschaftsstrafrecht annehmen und die Verfahren durchführen. Die oft behauptete Aussichtslosigkeit eines Verfahrenserfolges vermittelt vor dem Hintergrund der Wohnungsnot in Berlin ein schwaches Bild der politischen Führung. In anderen Städten (z. B. Frankfurt/Main) werden diese Verfahren erfolgreich durchgeführt.

SCHULEN

Die meisten bildungspolitischen Entscheidungen werden auf Landesebene getroffen; dennoch muss der Bezirk sich darum kümmern, dass genügend Gebäude und Räume für den Schulbetrieb zur Verfügung stehen. Wir fordern mit Blick auf das stetige Wachstum des Bezirks, dass niedrige Anmeldezahlen nicht zwangsläufig zum Verlust von Räumen führen, sondern vielmehr zur Evaluation von Problemen und einer Anpassung des pädagogischen Angebots an die jeweiligen Bedarfe vor Ort.

Eine Abgabe von Schulräumen zu anderen Zwecken ist langfristig nicht sinnvoll. Vielmehr muss auf Landesebene darauf hingewirkt werden, dass keine Schaufensterpolitik über Modellschulen und Leuchtturmprojekte betrieben wird. Im Gegenteil soll allen Schulen über zusätzliche Räumlichkeiten und entsprechende finanzielle Mittel die Möglichkeit eingeräumt werden, ihr Schulprofil mit modernen pädagogischen Ansätzen auszudifferenzieren. Hier sollten besonders die Schulen gefördert werden, an denen sich die Lernenden sammeln, deren Eltern aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sind, sich um sie zu kümmern und ihnen eine Bildung zukommen zu lassen. Fortschrittliche Bildungsangebote dürfen nicht zum Privileg jener Eltern und Lernenden werden, die in diesem Bereich ohnehin schon Vorteile haben.

Wir fordern den Ausbau der Schulkapazität durch Aufstockung und Erneuerung bestehender Gebäude. Ein Zustellen von Frei- und Hofflächen mit Containern wird dem Bildungsauftrag nicht gerecht und schränkt die ohnehin geringen Möglichkeiten, sich zu bewegen weiter ein.

ENERGIEWENDE

Die Piraten Xhain unterstützen die Transformation zur klimaneutralen Stadt. Von uns aus gern früher als 2050.

Dem Beispiel San Franciscos folgend setzen wir uns dafür ein, Baugenehmigungen nicht nur von der Energieeffizienz der Gebäude abhängig zu machen. Stattdessen soll auch Dachgestaltung mit Begrünung, Photovoltaik und Kleinwindanlagen ermöglicht werden. Wo machbar, soll Energiegewinnung auch über die Fassade erfolgen. Wir unterstützen Mieterstromprojekte ausdrücklich und setzen uns für die Schaffung von Anreizen ein, damit Immobilieneigentümer*innen eine sinnvolle, nachhaltige energetische Sanierung ihres Eigentums planen. Wir wollen eine dezentrale, dekarbonisierte Energieversorgung. Die kommunalen Gebäude werden daher bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen auf eine Umstellung auf moderne Heizungs- und Lüftungstechnik sowie Lastmanagement überprüft. Wo machbar, fordern wir die Integration von dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung, Power-to-X und Energiespeichertechniken bei diesen Objekten. Die überschüssige Wärme eines Schwimmbads könnte beispielsweise durchaus eine Schule heizen. Überschüssiger Solarstrom kann in Batteriespeichern für spätere Nutzung gelagert werden.

Die Energieversorgung und damit die Strom- und Gasnetze gehören für uns klar zur Daseinsvorsorge und somit nicht in die Hand private, gewinnorientierter Unternehmen. Wir streben eine Rekommunalisierung an und unterstützen die Initiative »BürgerEnergie Berlin«.

Um ein erfolgreiches Vorgehen im Rahmen der Energie- und Wärmewende sicherzustellen, fordern wir Schaffung der Stelle einer Energiemanagerin, die Optimierungspotentiale aufspürt, Maßnahmen koordiniert und zentrale Anlaufstelle im Bezirk ist.

MOBILITÄT

Berlin wächst. Dafür wird viel gebaut. Auch und vor allem in Friedrichshain und Kreuzberg. Leider werden dadurch Straßen nicht breiter. Um mehr Menschen auf der gleichbleibenden Fläche Straßenraum besser zu befördern, gibt es nur eine Lösung: der motorisierte Individualverkehr muss Verkehrskonzepten weichen, die leistungsfähiger und zukunftsorientierter sind.

Unser langfristiges Ziel ist daher ein Bezirk mit dem Menschen im Fokus. Einer, bei dem keine Autos mehr braucht. Barrierefreie Mobilität, kurze Wege und Takte, das alles natürlich ohne Verbrennungsmotoren. Ein leistungsfähiger, fahrscheinloser und umlagefinanzierter öffentlicher Nahverkehr, unterstützt von einer umfangreichen Infrastruktur für den Radverkehr.

Eine intelligente und vorwärts gewandte Mobilitätspolitik für eine schnell wachsende Metropole erfordert die zeitnahe Integration neuer Konzepte und Technologien. Selbstfahrende Autos sind keine Science Fiction mehr. Wenn mehr Menschen im gleichen Raum effizient vorankommen wollen, muss das mitgedacht werden. Wir setzen uns für einen Bezirk ein, der urbane Mobilität weiter denkt, inter- und multimodale Verkehrskonzepte unterstützt und befördert.

Wir fordern den weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in Form von U- und Straßenbahnen sowie emissionsfreien Bussen. Wir drängen auf eine Verlängerung der U1 zum Ostkreuz, um den bereits überlasteten Bahnhof Warschauer Straße nicht weiter zu strapazieren.

Ein weiterer Ausbau der Aufladeinfrastruktur für die Elektromobilität sowie mehr elektrifizierte Sharing-Angebote, z. B. E-Roller und E-Bikes, sind nötig. Diese Angebote, soweit ortsgebunden, möchten wir in der Nähe des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) stationiert wissen. Um die Einstaubbelastung zu reduzieren, muss der fließende motorisierte Individualverkehr verringert werden. Der notwendige Wirtschaftsverkehr soll mittelfristig auf emissionsfreie Antriebe umgestellt werden. Wir unterstützen daher entsprechende Bestrebungen der BSR und anderer Unternehmen wie z. B. der Post.

Wir setzen uns weiter für den Wiederaufbau der Brommybrücke als notwendigen Lückenschluss zwischen Schilling- und Oberbaumbrücke ein. Der bereits 2007 von der BVV befürwortete Wiederaufbau als Fahrrad- und Fußgängerbrücke mit Nutzung als Busverbindung darf nicht weiter hinausgezögert werden.

Wir wollen erreichen, dass im Bezirk das Prinzip »Shared Space« getestet wird. Shared Space bezeichnet eine Planungsphilosophie, nach der vom Verkehr genutzter öffentlicher Straßenraum lebenswerter, sicherer und im Verkehrsfluss verbessert wird. Charakteristisch ist dabei die starke Reduktion von Verkehrszeichen, Signalanlagen und Fahrbahnmarkierungen, sowie die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer*innen. Dabei tritt die gegenseitige Rücksichtnahme in den Vordergrund, wobei unter anderem die Vorfahrtsregeln weiterhin Gültigkeit besitzen.

Wir begrüßen den begonnenen Ausbau der Fahrradinfrastruktur z. B. am Moritzplatz und der Warschauer Straße, drängen aber weiterhin auf eine verstärkte Umsetzung des Radverkehrsplans. Ziel ist eine zusammenhängende Fahrradinfrastruktur, die die Kieze und Stadtteile miteinander verbindet und den Flickenteppich von Radwegen beseitigt. Dazu gehören beispielsweise auch grüne Wellen für Radfahrende. Diese heben die Durchschnittsgeschwindigkeit erheblich an, ändern jedoch die Geschwindigkeit des motorisierten Stadtverkehrs kaum.

In Friedrichshain-Kreuzberg werden mehr Wege zu Fuß zurückgelegt als in anderen Bezirken. Wir möchten dies weiter fördern, indem die Ampelphasen realistischer gestaltet werden. Kein Kind und kein älterer Mensch sollen mit Angst Straßen passieren, bei denen die Ampel bereits nach drei Sekunden wieder auf Rot springt. Weiterhin müssen auch die Fußgängerwege in benutzbarem Zustand erhalten bzw. wieder hergerichtet werden.

Ziel unserer Mobilitätspolitik ist eine ökologische und effiziente Fortbewegung für alle und die Vermeidung unnötiger Wege und Belastungen.

MIGRATION

Wo Menschen leben, da bewegen sie sich auch aus den unterschiedlichsten Gründen und wechseln ihren Wohnort. Wir wollen, dass alle Menschen dies ohne jede Einschränkung tun können und bei eventuellen Problemen bei der Ankunft von den Behörden und der Politik unterstützt werden. Besonders geflüchtete und traumatisierte Menschen verdienen unsere Solidarität und Hilfe.

UNTERSTÜTZUNG SELBSTORGANISIERTER GRUPPEN

Die Unterstützung von Geflüchteten beginnt mit der Unterstützung ihrer Sichtbarkeit und ihrer selbstorganisierten Strukturen und Aktivitäten. Ihr größter Kampf für Gleichberechtigung ist der gegen die Unsichtbarmachung und Marginalisierung. Die selbstorganisierten Proteste wie die Kampagne Abolish! 2011 und der Protestzug nach Berlin 2012 haben Geflüchtete sichtbar gemacht. Die gescheiterte Abschouttungs- und Repressionspolitik wurde über Landesgrenzen zum Thema. Dem damaligen Bezirksbürgermeister Franz Schulz ist daher zu danken, dass er die selbstorganisierten Proteste durch die Ermöglichung der Nutzung eines zentralen Platzes und später des Gebäudes der Gerhart-Hauptmann-Schule unterstützte. Dieses Engagement wurde später durch die Handlungen von Senat und Bezirksamt zunichte gemacht. Dazu gehören besonders die gewaltsame Räumung des Oranienplatzes im April 2014, die Räumungsanordnung von Stadtrat Hans Panhoff und die sinnfreie Mittelverschwendung durch aussichtslose Rechtsstreitigkeiten mit den Bewohner*innen. Dieser mehrfache Vertragsbruch von politischen Vertreter*innen aller Ebenen hat nachhaltig Vertrauen zerstört. Dieses kann nur schwer wiederaufgebaut werden.

Wir fordern die dauerhafte und nachhaltige Unterstützung von selbstorganisierten Aktivitäten und Kulturprojekten. Verträge und Vereinbarungen sind einzuhalten und Lösungen gemeinsam zu finden. Selbstorganisierte Strukturen verdienen räumliche Möglichkeiten. Selbstorganisierten Wohnstrukturen ist Vorzug gegenüber Massenunterkünften zu geben. Selbstorganisation in Gemeinschaftsunterkünften ist zu unterstützen. Willkür gegenüber ehrenamtlichen Helfern ist, auch und gerade in privatwirtschaftlich betriebenen Unterkünften, zu unterbinden.

WOHNEN FÜR ALLE: MUTIGE ENTSCHEIDUNGEN TREFFEN

In Xhain ankommen können Geflüchtete am besten durch Wohnen in ihrer eigenen Wohnung. Auf die Landesebene ist dementsprechend Einfluss zu nehmen, damit genügend Wohnraum geschaffen und durch Wohnungsbaugesellschaften bereit gestellt wird. Als letzte Maßnahme wollen wir nicht genutzten Wohnraum wie bei Riehmers Hofgärten im Rahmen der Gesetze beschlagnahmen und für Geflüchtete und andere marginalisierte Gruppen nutzbar machen.

Wir wollen, dass der Bezirk die Gemeinschafts- und Notunterkünfte zusätzlich zu den überforderten Landesbehörden kontrolliert und Misstände schnell und konsequent abstellt. Der Bezirk muss menschenwürdige Standards zur Unterbringung sicherstellen.

BILDUNG FÜR ALLE

Alle Kinder – egal welcher Herkunft – haben ein Recht auf umfangreiche und kompetente Betreuung und Bildung. Noch 2013 besuchten gerade mal sechs Prozent aller Kinder in Flüchtlingsunterkünften eine Kita. Wir wollen ausreichend Kita-Plätze und eine kompetente Beratung von Geflüchteten unter Berücksichtigung des Wohnortprinzips und ohne Diskriminierung. Flüchtlingskinder sollen möglichst schnell in den regulären Unterricht aufgenommen werden, wobei dem Spracherwerb Priorität zukommt.

EHRENAMT ENTLASTEN UND STÄRKEN UND INTEGRATIONSLOTS*INNEN EINSETZEN

Aufgrund des massiven Versagens der Bundes- und Landesebene mussten in den letzten Jahren hunderttausende Freiwillige hoheitliche Aufgaben kompensieren und übernehmen. Dies stellt ein Staatsversagen dar. Hoheitliche Aufgaben müssen ohne Rückgriff auf Ehrenamtliche erfüllt werden können. Wir wollen Flüchtlings- und Integrationslots*innen einsetzen, die die Menschen unter anderem bei Ämtergängen und in Interaktion mit Behörden unterstützen.

UNTERSTÜTZUNG DURCH SPRACHKURSE UND ARBEITSMARKTMASSNAHMEN

Teilhabe bedeutet auch die Möglichkeit, Arbeit zu finden. Wir wollen die Geflüchteten über Sprach- und Kompetenzkurse, ergänzend zu den Kursen der Bundes- und Landesebene, unterstützen. Dabei sind besonders schutzbedürftige Gruppen zu berücksichtigen. Die Jobcenter sind in die Lage zu versetzen, Geflüchteten schnell und kompetent Beratung zukommen zu lassen. Entsprechend qualifizierte Dolmetscher*innen und Ombudspersonen, sowie die Einrichtung einer Hotline sind dafür notwendig. Der Bezirk sollte auch seinen Sitz in der Trägerversammlung dafür einsetzen.

PAPIERLOSE SICHTBAR MACHEN UND UNTERSTÜTZEN

Besonderes Augenmerk gilt auch allen Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus. Sie sind ungeschützt Mietwucher und Ausbeutung ausgesetzt. Bis zu einer bundesweiten Legalisierung wollen wir sie durch Kulanzregelungen und spezielle Projekte bei der Schul- und Kitaplatzsuche und der medizinischen Versorgung unterstützen.

DIVERSITÄT IN ÄMTERN UND GREMIEN FÖRDERN

Ein Stück vom Kuchen abgeben heißt auch, das marginalisierte Gruppen und Menschen unterschiedlicher Herkünfte sich in den Behörden und Entscheidungsgremien und -positionen wiederfinden. Bei der Besetzung von Stellen und politischen Ämtern sowie der Zusammensetzung von Jurys und Auswahlgremien ist auf Migrationshintergrund zu achten. Außerdem sollen interkulturelle Kompetenzen in Zukunft stärker als bisher eine Rolle spielen.

WELTPOLITIK IM KIEZ - FÜR EIN FAIRES KREUZBERG

Wer keine Weltpolitik im Bezirk machen will, der will in Wirklichkeit gar keine Politik machen. Xhain soll auch in Zukunft versuchen, weltpolitische Zusammenhänge für die Menschen im Bezirk verständlich und erklärbar zu machen. Daher wollen wir die Städtepartnerschaften unseres Bezirks pflegen und ausbauen. Friedrichshain-Kreuzberg muss endlich den Titel der Fairtrade-Stadt bekommen und die notwendigen Schritte gehen.

GESCHLECHTER- UND FAMILIENPOLITIK

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpol

PIRATEN XHAIN

#PRTXHN